

Potsdam, 01.06.2022

Stellungnahme zur energiepolitischen Lage

Potsdams Energieversorgung sicherer und klimafreundlicher machen!

5 Schlüsse aus der Krise für Potsdam

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende für Europa. Diese ist auch für Potsdam mit großen Herausforderungen verbunden. Der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern, klimapolitisch ohnehin erforderlich, muss jetzt auch aus Gründen der Versorgungssicherheit beschleunigt werden. Stark steigende Erdgaspreise verunsichern Verbraucher, Wirtschaft und Politik und unsere dramatische Abhängigkeit von fossilen Energieträgern wird plötzlich zu einer drängenden sozialen Frage. Die aktuellen Debatten sind dabei durch große Unsicherheiten bei gleichzeitig hohem Handlungsdruck gekennzeichnet.

Der Potsdamer Klimarat regt mit dieser Stellungnahme an,

1. die aktuelle Krisensituation dazu zu nutzen, die langfristigen Ziele des Klimaschutzes mit Nachdruck und systematisch zu verfolgen. Hierfür müssen der Verwaltung im Rahmen der Haushaltsplanung die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden.
2. die Potsdamer Bevölkerung vorausschauend darüber zu informieren, welche Handlungsansätze die Stadt verfolgt, um Energieverknappung und steigenden Energiepreisen bestmöglich zu begegnen.

Hintergrund

Mitte der 1990er Jahre hat die Landeshauptstadt Potsdam ihren Kohleausstieg vollzogen und ist seitdem für ihre Energieversorgung weitgehend von Erdgas abhängig. Die Stadtwerke-Tochter Energie und Wasser Potsdam (EWP) erzeugt Strom und Fernwärme in Kraft-Wärme-Kopplung aus Erdgas. Deutschland bezieht bisher rund 55 Prozent des Erdgases aus Russland. Auch in den meisten Wohnungen ohne Fernwärmeanschluss sorgen Gaszentralheizungen oder Gasetagenheizungen für die nötige Wärme. Erhebliche Preissteigerungen und das realistisch gewordene Szenario eines Embargos oder Lieferstopps für russisches Erdgas stellen reale Bedrohungen dar, deren Auswirkungen noch nicht in vollem Umfang bei den Einwohnern Potsdams spürbar sind.

Aus der aktuellen Versorgungskrise wird es keinen schnellen Ausweg geben. Es ist auch nicht davon auszugehen, dass sich wieder ein langfristig stabiles Preisgefüge auf einem Niveau wie vor der Krise ergibt. Bestenfalls ist mit einer Stabilisierung der Erdgaspreise auf wesentlich höherem Preisniveau zu rechnen.

Umso wichtiger ist es, den Potsdamer*innen Orientierung zu geben, wie mit dieser neuen Situation umgegangen wird und welche Handlungsansätze von Politik und Verwaltung verfolgt werden.

Der Klimarat ist der festen Überzeugung: Konsequenter Klimaschutz ist der einzige Weg aus der Energiekrise. Wie dies gelingen kann, steht im „Masterplan 100% Klimaschutz“. Das im Jahr 2017 vorgelegte Konzept war damals noch auf das Zwei-Grad-Ziel hin orientiert. Um das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, muss der Masterplan deutlich nachgebessert werden. Dennoch sind dort alle relevanten Bereiche angesprochen und die wichtigsten Maßnahmen dargelegt worden, die es jetzt **konsequent und beschleunigt** umzusetzen gilt.

Vor diesem Hintergrund gibt der Klimarat folgende Empfehlungen ab:

1. Energieeffizienz und Wärmewende in den Quartieren beschleunigen

Die Themen Energieeffizienz und Wärmewende werden sinnvollerweise auf Quartiersebene betrachtet, in denen die Bebauungsstruktur in der Regel relativ homogen ist. In den letzten Jahren wurde der Schwerpunkt bei der energetischen Sanierung auf Quartiere gelegt, in denen der Gebäudebestand sich größtenteils im Besitz der kommunalen Gesellschaft bzw. der Unternehmen des AK Stadtspuren befindet. Einwohner*innen der Quartiere Drewitz, Stern oder Schlaatz verbrauchen mittlerweile pro Jahr und Person im Durchschnitt nur ca. 3.000 kWh Wärme¹. Dies führt derzeit noch zu Heizkosten von ca. 30 Euro pro Monat und Person. Die aktuell geplante Quartierssanierung im Schlaatz setzt hier nochmal ambitioniertere Ziele. Dies bietet dauerhaften Schutz vor steigenden Energiepreisen und führt zu einem ersten Quartier, das den Ansprüchen des Masterplans 100% Klimaschutz gerecht wird. Anders stellt es sich in Quartieren wie der Berliner Vorstadt dar, in denen pro Person und Jahr ca. 11.500 kWh Wärme verbraucht werden. Hier führt eine Verdoppelung der Erdgas- oder Fernwärmepreise zu monatlichen Mehrkosten von rund 115 Euro pro Person. Auch hier kann die langfristige Antwort nur sein: mehr Energieeffizienz und Umstellung auf erneuerbare Energien. Dies ist jedoch kein einfacher Weg. Um Fortschritte bei der Wärmewende in Quartieren mit heterogener Eigentümerstruktur und kleinteiliger Wärmeversorgung – in der Regel über Gasetagen- oder Zentralheizung – zu erzielen, müssen die Bemühungen schnellstmöglich und systematisch intensiviert werden. Die vielen Haus- und Wohnungseigentümer*innen benötigen dringend eine Orientierung bei der energetischen Sanierung ihrer Immobilien und bei der Umstellung ihrer Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien. Diese Orientierung muss von der Kommune ausgehen in Form einer **Wärmeleitplanung**, die für jedes Quartier ermittelt, wie die Wärmeversorgung unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten zukünftig treibhausgasneutral erfolgen kann. Diese Maßnahmen müssen ergänzt werden durch entsprechende **Beratung und Anreize** zur Umstellung der Wärmeversorgung.

¹ Quelle: Masterplangutachten 100% Klimaschutz (Anm.: Stand zum Teil vor Sanierung)

Hierfür sieht das BauGB das Instrument des **Sanierungsgebietes** vor, das auch zur Behebung energetischer Missstände eingesetzt werden kann. Dies erfordert jedoch Ressourcen seitens der Verwaltung. Es wird empfohlen, die genannten Themen als strategische Projekte im Rahmen der Planung des DHH 2023/24 aufzunehmen. Ohne diese **Leitplanken** drohen **massive Fehlinvestitionen** ohne nennenswerten Fortschritt für den Klimaschutz.

2. Suffizienz fördern

Zeiten hoher Energiepreise sind auch Zeiten des Energiesparens. Wie im Masterplan bereits 2017 vorgeschlagen, plädiert der Klimarat für eine breite Förderung von suffizienten Lebensstilen und Verhaltensweisen, da sie den Verbrauch nachhaltig senken und zudem eine kostengünstige Politikoption darstellen. Neben Kampagnen und Vorbildern kann auch die Gestaltung von Tarifen hilfreich sein. Die Tarifgestaltung der EWP sollte daraufhin überprüft werden, **effizienteres Verhalten stärker zu belohnen** und große Verbräuche stärker zu belasten.

3. Dekarbonisierung der Strom- und Wärmeversorgung durch die EWP beschleunigen

Der Klimarat begrüßt die Bemühungen der EWP, ihre Treibhausgasemissionen an den Zielen des Masterplans 100% Klimaschutz auszurichten. Die **Dekarbonisierungsstrategie der EWP** sollte jedoch

- a. zum einen an die Ziele des Bundes-Klimaschutzgesetzes angepasst werden,
- b. zum anderen im Lichte der aktuellen Entwicklungen um eine Option des beschleunigten Gasausstiegs erweitert werden. Der Klimarat erachtet es nicht als belastbar, nur von einem Ersatz russischer Erdgaslieferungen durch Flüssiggas auszugehen. Der Aufbau der dafür bundesweit notwendigen Infrastruktur wird einige Jahre dauern und Milliarden kosten, stellt im Sinne des Klimaschutzes keinen Fortschritt und auch als Reaktion auf die aktuelle weltpolitische Lage keine kurzfristige Lösung dar. Flüssiggas wird zudem häufig in umweltschädlicher Form gewonnen (z.B. sog. Fracking-Gas aus den USA).

4. Ausbau erneuerbarer Strom- und Wärmeversorgung

Die Strom- und Wärmeversorgung Potsdams basiert derzeit weitestgehend auf Erdgas.

- a. Auf Bundesebene werden aktuell die Weichen für einen rapiden Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung gestellt. Potsdam könnte sicherlich auch aus dem ländlichen Umland mit erneuerbarem Strom versorgt werden. Das größte Problem beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist jedoch die Akzeptanz in der Bevölkerung. Deshalb muss die **Landeshauptstadt**, als Zeichen der **Solidarität mit dem ländlichen Raum**, einen angemessenen Beitrag zum Ausbau auf dem eigenen Territorium leisten. Das Ambitionsniveau sollte dabei über die im Masterplan 100% Klimaschutz für Photovoltaik (PV) definierten Ziele hinausgehen. Insbesondere sollte die Möglichkeit untersucht werden, landwirtschaftlich genutzte, entwässerte Moorflächen in Verbindung mit einer Wiedervernässung für den Bau von PV Anlagen zu nutzen. Dies würde dem Natur- und Klimaschutz gleichermaßen dienen. Sofern die gesetzlichen Rahmenbedingungen durch den Bund angepasst werden, sollte auch die Verfügbarkeit von Flächen zur Errichtung von Windkraftanlagen erneut geprüft werden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien

sollte im Sinne der Versorgungssicherheit und des Klimaschutzes so schnell wie möglich erfolgen, und die Stadt sollte dies planerisch unterstützen.

- b. Zur Versorgung der Einwohner*innen und der Unternehmen mit Wärme sollten Stadt und EWP auf die Dekarbonisierung der Fernwärme und auf die Erweiterung des Fernwärmenetzes bzw. die Ergänzung durch Nahwärmenetze setzen. Hier muss die Stadt eine Führungsrolle übernehmen und planerische Akzente setzen. Eine **Wärmeleitplanung** muss unverzüglich aufgestellt werden.

Die Zeitenwende, mit der wir aktuell konfrontiert sind, ist sicher noch nicht mit all ihren Auswirkungen fassbar. Eines ist jedoch bereits klar: Technologien zur Gewinnung erneuerbarer Wärme, die sich bisher mit Wärme aus vermeintlich „billigem“ Erdgas messen mussten, werden nun auf einen Schlag konkurrenzfähig. Dies sind gute Voraussetzung für den beschleunigten Ausbau von Tiefengeothermie und die Erschließung von Umweltwärme und Abwärmequellen über Großwärmepumpen. Auch die Nutzung lokal und nachhaltig verfügbarer Biomasse sollte geprüft werden.

5. Eine Rückkehr zu Atom und Kohle ist keine Alternative

Eine Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke oder den Braunkohletagebau ist keine belastbare Option. Potsdams Abwendung von der Braunkohle Mitte der 1990er Jahre war und bleibt klimapolitisch richtig. Tragfähig sind nur vorwärts-, nicht rückwärtsgerichtete Maßnahmen. Die Folgen des Ukrainekriegs haben Auswirkungen auf die Energieversorgung, die aktuell erst ansatzweise abgeschätzt werden können. Eine Verdoppelung der Energiepreise bei unveränderter Bezugssituation bedeutet, dass enorme Summen, die ansonsten der lokalen Wirtschaft zugutekommen, ins Ausland fließen, schlimmstenfalls den Angriffskrieg gegen die Ukraine finanzieren. Der Ausbau lokaler erneuerbarer Energien und Energieeffizienz bieten hingegen:

- Lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze
- Energieunabhängigkeit
- Dauerhaft verlässliche Energiepreise
- Treibhausgasneutralität

Die aktuelle dramatische geopolitische Lage und der Einsatz von Energie als Waffe machen einmal mehr deutlich, dass ein Umdenken in der Energiepolitik dringend erforderlich ist. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist dabei einer der zentralen Lösungsansätze. Wir sollten diese Krise nutzen, um hierbei große Schritte vorwärtszugehen!